

Bezugspreis: Vierteljährlich 30,- M., monatlich 10,- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 2. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Das Echo der Kanzlerrede.

Die Presse der Regierungsparteien zeigt sich mit der gestrigen Programmklärung Births im allgemeinen zufrieden...

Dass die deutschsprachige Presse schimpft, was sie schimpfen kann, ist selbstverständlich, darin wird sie höchstens noch von der „Roten Fahne“ übertroffen.

Die üblichen Redensarten wiederzugeben, mit denen die deutschsprachige Presse über den Reichskanzler herfällt, lohnt nicht die Mühe.

Alles muß für die Entente „ausgeschöpft“ werden. Und wenn nichts mehr da ist? Dann wird, nach Herrn Birth, die Entente in ihrem erprobten Gerechtigkeitsinn sich endlich zufrieden geben...

In sachlicher Weise setzt sich das Organ der Unabhängigen, die „Freiheit“, mit der Programmrede auseinander. Sie erblickt in ihr den Versuch einer schwachen Regierung...

Dass in all diesen Punkten das Programm der Regierung trotzdem nicht an übermäßiger Deutlichkeit leidet, ist nicht nur die allgemeine Erscheinung solcher programmatischer Kundgebungen...

Die bestehenden Klassen werden sich allerdings selber sagen müssen, daß der Kampf gegen Besitzsteuern kein Mittel ist, die Stellung einer politischen Partei in der Demokratie zu festigen.

Kanzlerrede und Ausland.

Paris, 2. Juni. (E.F.) Nur drei französische Blätter nehmen zu den gestrigen Ausführungen des deutschen Kanzlers Stellung. „Petit Parisien“ findet Anerkennung für den ersten Teil der Rede...

schlesien interessiert sei, lägen auf der Hand. Frankreich müsse, je mehr Deutschland gegen eine Teilung Oberschlesiens aufträte, daran festhalten.

Ententendruck auf Bayern.

München, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der britische Botschaftsrat ist bei der bayerischen Regierung vorfellig geworden und erklärte auf Befehl seiner Regierung, daß er beauftragt sei, kategorisch zu erklären...

London, 2. Juni. (T.L.) Laut Blättermeldungen haben England, Frankreich und Italien gemeinsam eine scharf gehaltene Note an die bayerische Regierung gerichtet...

Die Wiedergutmachungszahlungen.

London, 2. Juni. (W.B.) Reuter meldet aus New York: Die erste Rate der durch Vermittlung der Vereinigten Staaten an die Alliierten zu leistenden deutschen Reparationszahlung in Höhe von 45 733 000 Dollar gelangte heute in den Besitz der Federal Reserve Bank.

Paris, 2. Juni. (W.B.) Wie die „Chicago Tribune“ mitteilt, ist die Reparationskommission seit der Zahlung der ersten deutschen Milliarde in Gold eifrig beschäftigt, ein Mittel gegen entstehende Kursverluste zu suchen.

Deutsche Kohlen in England.

London, 2. Juni. (W.B.) Im Unterhause wurde von Regierungsseite mitgeteilt, daß seit dem Ausbruch des Bergarbeiterstreiks 94 000 Tonnen deutscher Kohlen, die auf Grund der Reparationsbestimmungen an Frankreich und Belgien geliefert wurden, in England eingeführt worden sind.

Amerika scheidet aus dem Völkerbund.

Paris, 2. Juni. (T.L.) Aus Washington wird dem „New York Herald“ gemeldet, daß die Länder Südamerikas beabsichtigen, die Gesellschaft der Nationen zu verlassen und sich den Ideen des Präsidenten Harding über einen neuen Völkerbund anzuschließen.

6 Monate Gefängnis für den „Lichtblick“.

Leipzig, 2. Juni. Das Urteil im Prozeß Neumann wurde heute mittags 12 Uhr verkündet. Der Angeklagte wurde wegen Mißhandlung Untergebener in 12 Fällen und wegen Beleidigung eines Untergebenen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt und im übrigen freigesprochen.

Das Urteil ist eine Ohrfeige für den „Socherständigen“ v. Frauseck, der Neumann als das Musterbeispiel eines Soldaten und „Lichtblick“ in früherer Zeit gepriesen hatte.

Wer zahlt die 50 Milliarden?

Durch die Veröffentlichung gewisser Vorentwürfe ist bekannt geworden, daß in den Vorarbeiten für Deckung des Reparationsprogramms zwei Gedankengänge sich widerstreiten, die man auf die kurze Formel bringen kann: Zahl der Verbrauch allein die neue Last der 50 Milliarden Papiermark jährlich, wie sie die Reparation in den nächsten Jahren kostet, oder soll der Besitz mittragen?

Die emsigen Schützer des Kapitalbesitzes haben ein Programm zusammengestellt, das vielleicht die Hälfte dieser Steuerlast ziemlich restlos auf den Verbrauch schiebt und die andere Hälfte zunächst einmal nicht deckt, d. h. durch schnelleren Umlauf der Rotenpresse aufbringen will.

Wer trägt in Wirklichkeit solche Lasten, die scheinbar durch die Rotenpresse gedeckt werden?

Geldvermehrung ohne gleichzeitige Schaffung neuer Werte bedeutet Verschlechterung des Geldwertes. Jede Mark, die ohne Gegenleistung zu den schon vorhandenen hinzukommt, bedeutet eine Entwertung aller übrigen Mark.

Wir sind uns vollkommen darüber klar, daß die Beschaffung der nötigen Zahlungsmittel für die Abdeckung unserer Goldschuld nur durch Steigerung der Gesamtleistung der deutschen Volkswirtschaft und insbesondere durch Steigerung der deutschen Ausfuhr möglich sein wird.

Diese Politik der Zuschüsse ist zum Wiederingangekommen des Wirtschaftslebens wohl unumgänglich gewesen. Wenn aber jetzt eine Annäherung der Preise an die Weltmarktpreise erfolgen muß — und auf dem Ernährungsgelände ist sie ja tatsächlich schon bis auf eine einzige Ausnahme ziemlich durchgeführt —, so bedeutet das eine gewaltige Werterhöhung für die Besitzer der Produktionsmittel.

Zwei Arten von Besitz haben sich der steuerlichen Belastung bisher weitgehend entziehen können: der Grundbesitz und der Besitz an industriellen und gewerblichen Produktionsmitteln.

Beim landwirtschaftlichen Besitz liegt die Sache ziemlich klar:

Auf Grund sorgfältiger Berechnungen wurde Anfang 1920 z. B. festgestellt, daß nach den damaligen Produktionskosten der Landwirtschaft bei reichlicher Einrechnung von Gewinn ein Kartoffelpreis von 18 M. angemessen war.

toffeln höhere Preise, zuletzt 25 M. festgesetzt. Als die Rapp-Regierung kam, lautete ihr Programm: Aufhebung der Zwangswirtschaft gegen gleichzeitige Aufhebung einer kräftigen Grundsteuer. Die reinbürgerliche Regierung des Jahres 1920 hat ungefähr die ganze Zwangswirtschaft aufgehoben, der Kartoffelpreis ist nicht 18, nicht 25 M., sondern er ist inzwischen 60 M. geworden. Aber wer hat etwas von der Grundsteuer gesehen? Das vorige Kabinett hat der Landwirtschaft geschenkt, was Rapp versprochen, aber ihr nichts, reinweg nichts dafür aufgebürdet! Trotz Rapps Vorbild! Die ungeheuren Gewinne aus der Freilassung der Wirtschaft dürfen unter keinen Umständen auch noch von der Reparationslast frei bleiben. Die Erfahrung hat gelehrt, daß Steuern im allgemeinen vom landwirtschaftlichen Grundbesitz sehr schwer zu erlangen sind. Es bleibt deshalb wohl nur die Eintragung einer die gewaltige Werterhöhung berücksichtigenden Grundschuld auf den landwirtschaftlichen Besitz zur Deckung der ungeheuren Lasten des Reichs.

Der industrielle Besitz hat durch seine unsinnige Dividendenpolitik im ganzen Auslande die Auffassung erzeugt, daß Deutschlands Industrie blühe und gedeihe, und daß die Leistungswäche des Deutschen Reiches mit der Leistungsstärke der deutschen Industrie in einem letzten Widerstand steht. Diefelben Industrien, die um 1 oder 2 Proz. Auszubehaltung in den Außenhandelsstellen ein Lamento erhoben, wiesen dann nach Rückstellungen, die das deutsche Kopfschütteln der gesamten bürgerlichen Handelspresse trotz aller Abschreibungs-theorien heroorriefen, Dividenden von 60 Proz., 80 Proz. und gelegentlich auch 100 und mehr Prozent auf, wobei dann noch Vorzugs- und Gratisaktien, Genußscheine, Gründung von Tochtergesellschaften und andere noch weniger erkennbare Mittel der Finanzierungstechnik den wirklichen Gewinn verhüllen mußten. Nun soll das Volk eine ungeheure Last tragen. Soll daneben und gleichzeitig die Gewinnpolitik dieser Kreise ungestört fortgehen? Glaubt man mit ein wenig Körperschaftsteuer hier dem Verlangen der Volksmasse auf Aenderung dieser ganzen Verhältnisse und zumal auf Tragung der Reichslasten durch die wirklich Leistungsfähigen mit irgendwelchen kleinen Mitteln entgegenzutreten zu können? Man wird sich täuschen! Vor der Annahme des Ultimatus hatten sehr weite Kreise, auch der bürgerlichen Parteien, den Gedanken, schlimmstenfalls dem Gegner eine Beteiligung an der deutschen Industrie anzubieten, nicht abgelehnt. Will man jetzt wagen, dem deutschen Volke eine gleichartige Beteiligung an dem Gewinn insbesondere der großen Unternehmungen aller Art der Industrie, des großen Handels, der Banken zu verjagen? Wir wollen nicht allein den Verbrauch, sondern auch den Gewinn der Unternehmungen in ganz anderem Maße als bisher unverschleiert bei der Deckung der Lasten mitwirken lassen.

Schwerer ist die Frage der Belastung des Hausbesitzes. Die Niedrighaltung der Miete war und ist für weite Kreise eine Lebensnotwendigkeit. Sie hat aber wie jede andere Art der Zwangswirtschaft, die mitten in einer rundumstulenden freien Wirtschaft versucht wird, die Folge, daß sie auf viele Arten umgangen wird, so daß schon jetzt der Mietpreis für möblierte Wohnungen tatsächlich die Geldwertwertung widerspiegelt, bei den übrigen vielfach Nebenleistungen bei Wohnungswechsel übernommen werden müssen, die ungemein drückend sind und nur unnützen Zwischenhänden zufallen. Vor allem aber: während die Niedrighaltung der Mieten immer noch vielen einen großen Wohnungsluxus gestattet, der volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigt ist, hemmt sie die freie Bau-tätigkeit, die im Frieden hunderttausende deutscher Arbeitskräfte beschäftigt hat. Sie hält die Löhne niedriger, als es den volkswirtschaftlichen Selbstkosten entspricht. Die Industrie hatte infolgedessen ein leichtes, gewinnricheres Arbeiten und zugleich zahlte der Staat Milliarden über Milliarden an Bauzuschüssen. Vor allem läßt sich diese Zwangswirtschaft isoliert auf die Dauer nicht halten, den Gewinn werden letzten Endes die Besitzer der Häuser haben — wenn nicht der Staat schon jetzt einen Riegel vorschiebt, indem er in den allmählich steigenden Wertzuwachs jeweils eintritt und damit von vornherein verhindert, daß sich die Konjunktur-

gewinne, wie sie bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft in der Landwirtschaft aufgetreten sind, beim städtischen Grundbesitz wiederholen.

Das sind Grundgedanken, wie die Lücke ausgefüllt werden kann, die die tapferen Vorkämpfer der alleinigen Belastung des Verbrauchs und der Arbeit anscheinend mit Papier stopfen wollen. Die Last muß von denen getragen werden, die bisher von der Geldwertung nicht nur freigeblieben sind, sondern teilweise von ihr noch profitiert haben. Grundgedanke der gesamten Reparationsleistung muß sein: Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität, Belastung nicht allein des Verbrauchs, sondern vor allem auch des Besitzes und zumal der bisher viel zu schwach belasteten Goldwerte.

Der neue Kaiser.

Wer bislang geglaubt hat, daß Wilhelms Regierungstätigkeit mit seiner Desertion nach Holland aufgehört habe, sieht sich jetzt eines schweren Irrtums überführt. Wilhelm hat nicht nur wichtige Rechtsstreitigkeiten zu schlichten, sondern auch schon die Regierungsgeschäfte des „neuen Kaisers“ vorzubereiten. Wir lesen nämlich im „Lokal-Anzeiger“ folgendes: Im Jahre 1913 erwarb der soeben von neuem im Rheinlande errungenen Triumph heimgekehrte Berliner Lehrer-gesangverein die von Wilhelm II. gestiftete Kaiserkette als Ehrenpreis. Es ist nun wiederholt die Frage erörtert worden, welches die Zukunft dieses Ehrenpreises sei und wem sie gehören soll. Um die Frage endgültig zu entscheiden, hat sich der Vorstand des Vereins an den Kaiser nach Amerongen persönlich gewandt und von Wilhelm II. die Versicherung erhalten, daß sie dem Berliner Lehrerverein vorläufig zustehen. Das Antwortschreiben, das vom Generaladjutanten des Kaisers unterzeichnet ist, hat folgenden Wortlaut:

Ich beehre mich, den Empfang des geehrten Schreibens vom 15. ds. mit Dank ergebenst zu bestätigen und dem hinzuzufügend zu bestätigen, daß ich nicht perlekt habe, dessen Inhalt Seiner Majestät dem Kaiser und König vorzutragen. Seine Majestät steht auf dem Standpunkt, „der Berliner Lehrer-Gesang-Verein hat sich die Kaiserkette 1913 erkungen, bleibt im Besitz des Preises solange, bis ein neuer Selbsterweiser durch einen neuen Kaiser ausgerufen wird, um den Preis alsdann zu verteidigen oder neu zu erringen“.

Es wird nun den gesamten übrigen deutschen Gesangvereinen nichts weiter übrig bleiben, als einen neuen Rapp-Putsch zu inszenieren, denn ehe nicht ein neuer Kaiser da ist, kann dem Berliner Lehrergesangverein die Kette nicht entzogen werden. — Die Sache hat aber auch ihre ernste Seite: Sie zeigt, daß das Denken Wilhelms und seiner Umgebung keineswegs auf Resignation gestimmt ist!

Bayerische Oberschlesier.

Gestern mittig gegen 1/2 Uhr fuhr auf der Ringbahn gegen Westend ein langer Militärzug mit Artillerie, Maschinengewehren, Pferden usw., der mit blauweißen Fahnen als bayerischer Teersport tennistisch gemacht war. Etwa um 7 Uhr abends fuhr ein ebensolcher Zug in der Richtung von Westend nach Berlin.

Wie aus Bayern „Oberschlesier“ gemacht werden, davon zeugt folgender Vorfall. Ein dem Bureau der Berliner Buchdrucker meldete sich ein Organisationsmitglied und gab an, daß er sich als Arbeitsloser in Mähren für Oberschlesien habe anwerben lassen gegen das Versprechen von 60 M. täglich und freie Verpflegung. Da er aber kein Geld erhielt, kehrte er wieder um. Der Betreffende hatte folgenden Ausweis, dessen Original in unserer Hand ist:

Ausweis.

Herr (Name ausgefüllt) ist gebürtiger Oberschlesier und auf der Fahrt nach der Heimat. München, den 18. Mai 1921.

Bereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier, München. J. A. Unterschrift (unleserlich).

Da der Inhaber des Ausweises unerschrocken bayerischen Dialekt sprach, wurde ihm auf den Kopf zugelegt, daß er doch gar kein Oberschlesier sei. Er gab dies unumwunden zu. Er ist niemals dort gewesen!

Danach steht fest, daß von den Münchener Freischützern mit dem Mittel der Urkundenfälschung und des Betruges strupellos gearbeitet wird.

Englischer Kabinettsrat über Oberschlesien.

London, 2. Juni. (G.E.) Gestern fand ein Kabinettsrat statt, der sich mit der Frage von Oberschlesien und von Ungarn beschäftigte. In Ergänzung der vor zehn Tagen abgefaßten englischen Note ist gestern neuerlich eine Note an die französische Regierung gefaßt worden, in der gesagt wird, daß Lord d'Abernon bisher in der ober-schlesischen Frage wertvolle Dienste geleistet habe.

London, 2. Juni. (W.B.) Der Pariser Berichterstatter der „Morningpost“ meldet, es bestehe Grund zu der Annahme, daß der eigentliche Zweck der Zusammenkunft des Obersten Rates in Boulogne der dringende Wunsch Lord Curzons sei, eine gemeinsame Aktion gegen die Kemalisten zu erleichtern.

Eine Warnung an Frankreich.

London, 2. Juni. (W.B.) Die Blätter weisen auf die Gefahr einer weiteren Verschleppung der ober-schlesischen Frage hin. Die „Times“, der zufolge sich Polen in politischen Schwierigkeiten befinde, forderte, daß Franzosen und Engländer gemeinsam handeln. Durch einen Zwischenfall in Oberschlesien würde die Haltung der englischen Besatzungstruppen in schwerster Gegensatz zu der der französischen kommen. In solch einem Falle würden die Helden der Orgeß und des Balkans den Engländern eine baldige und unerwünschte Unterstützung zuteil werden lassen wollen. Der Gedanke, daß diese Truppen den Engländern helfen sollen, und daß britische Truppen, wenn auch mittelbar ihre Operation gegen die Polen erleichtern sollten, sei für alle Engländer unerträglich. Trotzdem könnten keinerlei Anstrengungen diese Schmach abwenden, wenn die englischen Truppen gezwungen werden sollten, ohne die gründliche Unterstützung der andern Mächte die Ordnung gegen Polen zu erzwingen. Die Wirkung einer unabhängigen britischen Aktion zu diesem Zwecke auf die Entente und auf das Gesamtfeld der Welt-politik brauche nicht erst hervorgehoben zu werden.

Der englische Vormarsch.

Zu den Auseinandersetzungen in der Interalliierten Kommission über den englischen Vormarsch wird der „Frank. Jg.“ aus Dypeln gemeldet: Von französischer Seite wird behauptet, daß die neuen Kämpfe zwischen Polen und deutschem Selbstschutz durch die Offensive des deutschen Selbstschutzes ausgelöst worden seien, eine Darstellung, die von den englischen Offizieren aufs entschiedenste bestritten wird. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Engländern und Franzosen sollen sehr scharf zum Austrag gekommen sein. Im Prinzip hat man sich auf die Schaffung einer neutralen Zone zwischen Deutschen und Polen geeinigt, wobei jedoch von englischer Seite die Bedingung gestellt und von den Franzosen nach anfänglichem heftigen Widerstand angenommen wurde, daß der deutsche Selbstschutz die von ihm gegenwärtig gehaltene Linie befestigen darf. Die Schaffung einer neutralen Zone soll derart erfolgen, daß die polnischen Aufreiter von den interalliierten Truppen zurückgedrängt werden sollen. Wegen der Frage, welche Truppen an dieser Aktion teilnehmen sollen und welche Ausdehnung den Operationen zu geben ist, sind die Verhandlungen, die sich infolge der bestehenden Gegensätze äußerst schwierig gestalten, noch im Gange.

Ein Freikorpsheld.

Breslau, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Führer der Freiwilligentruppe, welche in Reife im unbedrohten Gebiet Oberschlesien unseren Genossen Herkowitz bedrohte, und auch sonst mehr durch innerpolitische Störungen als durch Heldentaten gegen die Polen glänzte, ein Oberleutnant H. O. Schmidt, gegen den bereits Verhaftungsbefehl ergangen war, ist jetzt endgültig mit seiner Truppe aus Oberschlesien verschwunden. Der Mann wurde vom deutschen Selbstschutz als Angehöriger nicht anerkannt, da er seinen Angehörigen phantastische Versprechungen machte.

Chinesische Weisheit.

Einer der tiefsten Philosophen des Ostens ist der Chinese Lao-tse, der etwa 600 Jahre vor unserer Zeitrechnung lebte. Daß seine Lehre nicht in dem Maße Gemeingut der abendländischen Literatur geworden ist, wie etwa die Mährchen der tausend und einen Nacht, liegt wohl der Hauptsache nach in der Schwierigkeit, seine Spruchweisheit klar und eindeutig zu übersehen. Mit Unrecht wirft man ihm, wie überhaupt den morgenländischen Philosophen, eine passive, lebensverneinende Weltanschauung vor. Wenn Lao-tse z. B. das „Nicht-Tun“ als die höchste Tugend preist, so will er damit nicht sagen, es sei am besten, überhaupt nicht zu handeln, als vielmehr, es sei vom Uebel, sich von seinen niederen Instinkten und egoistischen Willensäußerungen leiten zu lassen. Das letzte Ziel des Menschen müsse immer sein, so zu handeln, wie es der Allgemeinheit am nützlichsten ist. So verstanden ist die Weisheit Lao-tses von einem Gemeinheitsgeist durchdrungen, der auch unserer Zeit vorbildlich sein sollte.

Sehen wir einmal zu, was Lao-tse vom Volk und seinen Führern verlangt. Er sagt an einer Stelle: „Wer in Liebe zum Volk das Land regiert, wirkt auch durch Nicht-Tun. Erzeugen und erhalten, erzeugen und nicht besitzen, wirken und nicht dabei verweilen, fordern und nicht beherrschen: das heißt tiefste Tugend.“ Wer denkt bei diesem Ausspruch nicht an das demokratische Führerideal, das eine ähnliche Selbstlosigkeit voraussetzt, wer denkt dabei nicht an Goethes Faust, der zugutelehrt zu einem ähnlichen Resultat kommt! Der tiefere Sinn des „Nicht-Tuns“ wird später genauer dahin erläutert: „Wer das Reich erobert will durch sein Tun, dem werden wir es mißlingen. Das Reich ist ein geistiges Gebilde und nicht durch Tun zu bezwingen. Der Täter zerstört es. Der Eroberer verliert es.“ Darum vermeidet der Heilige (soviel wie der gute Mensch) den Ehrgeiz, meidet die Ueberhebung, meidet die Größe.“ Auch hier wieder Selbstlosigkeit zugleich als höchste Tugend und tiefste Weisheit, wie ja Tugend und Weisheit recht verstanden immer zusammenfallen. Auch hier die Warnung vor jeder gewalttätigen Politik. Der Führer ist der beste, meint Lao-tse, nach dessen Tode das Volk sagen kann: „Wir blieben ganz wie selbst.“

Nach diesen Proben wird man es verstehen, wenn Lao-tse seine politische Weisheit dahin zusammenfaßt: „Die Hochstehenden nicht bezwingen, hält das Volk von Eiferlust ab. Das Schwerverwundbare nicht schaden, hält das Volk von Diebstahl ab. Das Begehrenswerte nicht anschauen, erhält dem Herzen seine Ruhe. Darum: wenn der Heilige regiert, macht er fest die Herzen des Volkes, aber gibt Fülle ihren Seelen. Er schwächt ihr Begehren, aber füllt ihr Rückgrat. . . . So wirkt er durch Nicht-Tun und alles ist wohl regiert.“ Weisheit, die für Volk und Führer gleich bedeutsam sind, erst der Bezugs-

auf jede Art von Egoismus, sei es nun Klassen- oder Einzelgoismus, führt zu wahrhaft positiver und aktiver Politik. Und deshalb preist Lao-tse das Nicht-Tun im guten Sinne des Wortes als das höchste Gut für Volk und Führer:

„Geist ist ewig ein Nicht-Tun.
Und doch bleibt nichts ungetan . . .
Begehrenlosigkeit die große Ruhe schafft.
So aus sich selbst die Welt zum Guten wird gebracht.“
H. G.

Das Recht auf Schlager. Vor kurzem, so schreibt uns ein alter Berliner, war im „Vorwärts“ unter dem Titel: „Die Aufgaben der Unterhaltungsmusik“ eine bedauerliche Klage über die Verflachung, die Sichtbarkeit moderner Kompositionen zu lesen, die als „Schlager“ angeblich das Musikleben diskreditieren. Wäre ich Künstler, so wäre es möglich, daß ich in allem dem Verehrer der klassischen Musik zustimmen würde. Da ich aber nur Laie, nur Hörer bin, so habe ich ein Recht, mich zu amüsieren bei Dingen, die mir zusagen. Und wenn man so über 40 Jahre das Berliner Musikleben in allen Tonarten kennengelernt hat, so getraut man sich eben auch ein bißchen mitzupfeifen. Was ist denn ein „Schlager“? Eine von der Gunst des Publikums getragene, von der Menge leicht und sicher ausgenommene musikalische Schöpfung. Darüber hat keine Kritik zu befinden. Ungezählte Tausende finden daran einen Genuß. Wohl gemerkt, einen zeitlichen Genuß, denn das ist der Unterschied zwischen Schlager und Klassik, daß ersterer nur eine bestimmte Zeit einen Resonanzboden findet, während klassische Dinge für die Ewigkeit geschaffen sind. Niemals kann der Schlager entbehrt werden.

Ist nun unsere Schlagerproduktion wirklich schlechter geworden? Als vor mehr als 40 Jahren Ernestine Wegener den Schlager schuf, den ganz Berlin nachsammte: „Ach ich weiß nicht, mir ist heut so mollig“, als ein armer Klavierpieler im Hotel de Rome vor 30 Jahren den „Rixdorfer“ komponierte, als um dieselbe Zeit „Der Mann mit dem Kofs ist da“, und alle diese Schöpfungen die internationale Kunde machten, standen die auf höherer Werte als die neuesten? Der Vergleich fällt sehr zugunsten unserer modernen Schlager aus.

Richtig ist, daß alle Schlagerproduktionen mehr oder weniger Anlehnungen sind, aber wenn man bei großen und musikalisch wertvollen Produktionen überall eine kritische Sonde anlegen wollte, würde man bei vielen auch Anlehnungen an ältere Meister oder die Verarbeitung von Volksmelodien finden. Es hat früher ein nun längst aus den Konzertsälen verschwundenes Potpourri von Schreiner „Musikalische Begierbilder“ gegeben, worin sich der Komponist die Aufgabe stellte, moderne und alte Musik in drastischer Weise zusammenzustellen, so daß immer die frappanteste Ähnlichkeit zwischen den Tonstücken vorhanden war.

Wir pflichten zwar dem Entfender nicht bei, glauben vielmehr, daß bei zunehmender Musikkultur auch die Unterhaltungsmusik sich veredeln wird. Aber als Darstellung dessen, was vielfach ist, geben wir der Zukunft Raum. Nicht daß gelegentlich leicht oder besser:

flache Musik genossen wird, ist bedauerlich, sondern, daß die Kunst ausschließlich kultiviert wird und den Geschmack am echten Kunstwerk verdirbt. (Die Red.)

Keyserling und Tagore. Hermann Keyserling hat jetzt beim Besuch Rabindranath Tagores in Darmstadt, wohin der indische Dichter und Weise noch einmal bei seiner jetzigen Anwesenheit in Deutschland für eine Woche zurückzukehren gedenkt, ein Zusammenarbeiten seiner Schule der Weisheit mit Tagores indischer Schule verabredet. Tagore will, um an der Verständigung des Ostens und Westens durch die Vermittlung des indischen und des deutschen Geistes wirksam zu arbeiten, seine Schule „Schanti Niketon“ (Friedensstein) in Bolpur, einer kleinen Stadt etwa 100 Meilen von Kalkutta an der Bahn gelegen, zu einer internationalen Universität ausgestalten. Beide Schulen werden ihre Schüler austauschen. Auch ein Austausch geistiger Führerträte ist in Aussicht genommen. Dazu soll eine Verbindung von Darmstadt und Bolpur auch mit dem anderen großen alten asiatischen Kulturmittelpunkt in China treten. Dr. Karl Wilhelm, der früher in Tjingtau tätig war und mit seinen Veröffentlichungen altchinesischer Weisheitsbücher in Deutschland für die tiefere Kenntnis des fernen Ostens gewirkt hat, wird zu diesem Zweck in Peking eine Weisheitsschule gründen.

Lobliche in den Kammerspielen. Lobliche ist einer von den wichtigsten Großvätern des Pariser Schwaates. Da man sich ein wenig schämt, diese Ware heute nageleu aus Frankreich zu beziehen, liefert Herr Heinrich Bürger die Aufarbeitung nach dem alten Modell. Der Schwant heißt sommerlich „Der Strohhut“. Es handelt sich dabei natürlich um einen Festtritt, den Madame begangen hat. Hat sie ihn schon begangen? Wird sie ihn noch begehen? Wie benimmt sich der Gatte mit den Hörnern? Wichtige Fragen, die im Wirbel aufgerollt werden. Ein Strohhut soll als Korpus beistehen dienen. Ein Pferd soll ihn aufgetrieben haben, ein Juvenhauptmann kriegt darüber den Tropenkoller, ein Bräutigam, sein Bräutlein vom Bande, der Schwiegerpapa, der taube Onkel, der blöde Vetter, sie sind alle auf der Bühne, sie halten einen Modellsatz für ein Ständebild und die Wohnung einer Baronin für ein Birtshaus, wo sie sich jämmerlich anduden. Schließlich entwirft natürlich Madame, der Herr Gemahl trägt seine Hörner mit Grazie, der unzueriebene Schwiegerpapa wird seine Tochter los, der Bräutigam, der mit einer Modistin wirklich und mit der süchtigen Madame nur dem Scheine nach — Sie verstehen. Es gibt nichts mehr zu erklären. Alles erklärt sich, nichts erklärt sich, es soll auch alles Unsinns bleiben. Es bleibt ein fröhlicher Unsinns zwei Akte lang. Als der 5. Akt vorbeigezogen ist, hat sich der Sommerjuchauers Müdigkeit schon bedenklich eingestellt. Die Künstler, vor allem Herr Eißhoffer, ein eleganter, ins Wienerische übertragener Gräber, Herr Diegelmann und andere, Fräulein Hagenbruch, Käthe Revill, Dorothea Thies usw. spielen das Stück als Parforcejagd. Es darf trotz der Hundstagshitze nicht anders gespielt werden. M. H.

Volksbuchschule Groß-Berlin. Prof. Ferdinand Gregor wird am kommenden Sonntag, vom. 10/., Uhr, in der Luisenparkstraße 15 Erzählungen und lyrische Gedichte lesen.

Preussischer Landtag.

24. Sitzung. Donnerstag, den 2. Juni, mittags 12 Uhr.

Vor Eintritt in die heutige Tagesordnung entwickelt sich eine ausgedehnte Geschäftsordnungsdebatte. Abg. Goebel (Ztr.) stellt den Antrag auf wirtschaftliche Unterstützung der bedrohten Einwohner des ober-schlesischen Abtunungsgebietes. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Dr. Meyer-Dippreuen beantragt den Bericht des Rechtsausschusses über die Sondergerichte auf die Tagesordnung zu setzen. Genosse Siering (Soz.) unterstützt diesen Antrag. Der Antrag wird darauf, da sich kein Widerspruch erhebt, auf die Tagesordnung gesetzt. Sodann ergreift der Finanzminister Sämisch das Wort zum

Haushaltetat

für das Jahr 1921 und schildert ausführlich in seiner Rede das Finanzelend, in dem sich auch Preußen durch den Versailler Vertrag befindet.

Das Wehrmachtversorgungsgesetz.

Im Reichstagsauschuss für soziale Angelegenheiten stand heute das Wehrmachtversorgungsgesetz zur Beratung, das die Versorgung der Angehörigen des Reichsheeres und der Reichsmarine samt ihren Hinterbliebenen regelt. Ein Antrag Hoch (Soz.) verlangte, daß den Unteroffizieren und Mannschaften, die keinen Zivildienstschein besitzen, bei Nachweis der Bedürftigkeit auf Antrag ein Vorzuschuß auf die laufenden Uebergangsgeldern bis zu ihrer vollen Höhe gewährt werden solle, während der Befehlsbefugnis die Vorzuschußgewährung durch eine Kann-Vorschrift in das Verzeichnis der Behörde stellt. Der Ausschuss nahm dann einen entsprechenden Antrag André (Z.) an, der an Stelle der Kann-Vorschrift eine die Behörde bindende Soll-Vorschrift setzt. Auf weitere Ausführungen des Abg. Hoch (Soz.) entgegnete Reichswehrminister Dr. Götler, daß bei wichtigen Verwaltungsangelegenheiten stets die Vertrauensmänner der Truppen gehört würden; eine Mitwirkung der Unteroffiziere und Mannschaften sei also gesichert. Im übrigen wurde der Befehlsbefugnis bis zu § 22 teilweise in veränderter Form angenommen. Weiterberatung Freitag.

Eine Ansprache des Ministers Barthou.

Paris, 2. Juni. (E.) Auf seiner Inspektionsreise ins Rheinland hielt der französische Kriegsminister Barthou vor den Soldaten in Worms eine Ansprache, in der er ausführlich, er habe sich allenthalben davon überzeugt, daß die Leute gut gekleidet, gut ernährt seien und gute Wohnungen hätten. Er begrüßte die Offiziere zu ihrer Wachsamkeit und Aufmerksamkeit und stellte fest, daß der Jahrgang 1919 allen Drohungen und Versuchungen Widerstand geleistet habe. Er habe eine Haltung eingenommen, für die Frankreich dankbar sein könne. Die Soldaten von 1919 sollten von ihrer unvorhergesehenen Rheinlandreise einen befriedigenden Eindruck haben. Ihre Einberufung sei nicht zwecklos gewesen. Der Anwesenheit dieser Soldaten sei es zu verdanken, daß Deutschland sich unterworfen habe. Die Soldaten wären es, die Deutschland zum Zahlen zwangen. Und darauf könnten sie stolz sein.

Groß-Berlin

Die Nöte der Bezirksämter.

Die unerfreuliche Hinausschiebung der Bildung der Bezirksämter hat zu einer überhäufteten Aufstellung der Bezirkshaushaltpläne geführt, die nicht im Interesse der Entwicklung des neuen Berlin liegen kann. Die Bezirke mußten bis 31. Mai die Haushaltspläne fertig gestellt haben, das Gesetz verlangt die Fertigstellung des Stats Berlin bis zum 30. Juni. Die erste Statuaufstellung im neuen Berlin sollte man meinen, erfordert eine eingehende vorbereitende Arbeit, die doch nur Vorberatung sein kann, die schwierigen finanziellen Klippen zu umschiffen. Kommt doch für die Bezirke 7-20 hinzu, daß nicht allein die Haushaltspläne der früheren Einzelgemeinden mit hineingearbeitet werden müssen, sondern auch die Bezirksboranschläge müssen dem Berliner Musterentwurf angepaßt werden; der nahezu unübersichtliche ist.

Den Bezirken müßte nach Zusammenstellung aller Boranschläge die Möglichkeit der Nachprüfung ihrer eigenen Haushaltspläne gegeben werden. Der „Los-von-Berlin“-Bewegung wird durch die unzureichende Beratung nur neuer Stoff zur Agitation geliefert werden. Wenn nicht, was kaum zu erwarten ist, bei der Statuaufstellung in Berlin die örtlichen, verschiedenartig gelagerten Bedürfnisse der einzelnen Bezirke berücksichtigt werden. Waren doch im Jahre 1920 die Lasten in den Arbeitergemeinden schon fast unerträglich. Bei größter Sparsamkeit wurden fast alle Finanzquellen erschöpft, um den Bedarf per Kopf der Einwohnerzahl zu erhalten, der hier gegenüber den westlichen Gemeinden bedeutend niedriger gehalten wurde, was ja in den Schulverhältnissen sowie öffentlichen Anlagen besonders zum Ausdruck kommt. Berlin hatte 1920 einen Bedarf per Kopf von 410 M., der 10. Bezirk (Zehlendorf) 580 M., der 16. Bezirk (Göpenich) 222 M., der 7. Bezirk (Charlottenburg) 471 M., der 17. Bezirk (Lichtenberg) 260 M. Der Stat 1920 schloß mit einem Fehlbetrag von 400 Millionen ab, die in den nächsten fünf Jahren getilgt werden sollen, für 1921 erstmalig 80 Millionen. Die Forderung gegenüber 1920 bringt schon allein eine starke Mehrforderung aller Bezirke mit sich, so daß es äußerst schwierig ist, in so kurzer Zeit Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen und hierbei die Bedürfnisse der Außenbezirke genügend zu berücksichtigen. Die Quantität beginnt sich hier zu regen, die nachgesuchten Bauerlaubnisse steigern sich in erschreckender Weise, was natürlich die Aufgaben der Bezirksverwaltung wachsen, wie Schaffung von Schulen usw. Diese für die Gesamtgemeinde in ihrer zukünftigen Entwicklung bedeutungsvollen Vorgänge können bei der mit Eilzugsgeschwindigkeit betriebenen Aufstellung der Haushaltspläne nicht genügend beachtet werden.

Es sollte daher die Frage aufgeworfen werden, ob es nicht im Interesse der ordnungsgemäßen und gewissenhaften Aufstellung der Stats der neuen Stadtgemeinde Berlin liegt, eine Verlängerung der gesetzlichen Einreichungsfrist zu erreichen. Dem Werden des neuen Berlin sind schon soviel Widerstände erwachsen, die durch eine oberflächliche Statüberlegung nur noch gesteigert werden könnten.

Komtesse Oceana aus Neukölln.

Man sollte meinen, daß in Berlin, der „Stadt der Intelligenz“, die Leute allmählich so klug geworden sind, daß sie nicht gleich bei der Kennung eines Adelsnamens in „Ehrfurcht“ erstarben. Da das aber nicht der Fall ist, so kann es denn nicht Wunder nehmen, daß Gauner und Schwindler immer wieder mit Erfolg auf die Titelsucht jener Leute spekulieren, die nicht alle werden.

Eine Heiratschwindlerin ungewöhnlicher Art machte am Kaiserdomm eine ansehnliche Beute. Bei einer Familie, die dort wohnt, fand im Dezember v. J. ein junges Mädchen als russischer Flüchtling

Die Armeniergreuel vor Gericht.

Der Prozeß gegen den Mörder Talaat Paschas, des ehemaligen türkischen Großwesiers, bildete heute den Gegenstand einer umfangreichen Verhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Lehmburg.

Die Anklage wegen Mordes richtet sich gegen den türkischen Staatsangehörigen, Studenten der Medizin, Salomon Teilirian aus Charlottenburg, der beschuldigt ist, am 15. März den früheren türkischen Großwesier Talaat Pascha ermordet zu haben.

Die Anklage wird vom Staatsanw.-Rat Dr. Bollnick vertreten, die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Geh. Justizrat Dr. v. Gordon, Justizrat Dr. Berthauer und des bekannten Staatsrechtslehrers Prof. Dr. Niemeyer-Riel.

Da der Angeklagte der deutschen Sprache nicht mächtig ist, sind zwei Dolmetscher der armenischen und der französischen Sprache geladen.

Unter den zahlreichen von der Anklage und der Verteidigung geladenen Zeugen befindet sich die Witwe des Ermordeten, Frau Talaat Pascha, General Liman von Sanders, Viktor Hahn-Charlottenburg. Als Sachverständige sind anwesend: Geh. Sanitätsrat Dr. Schmielinski, Charlottenburg, Prof. Dr. Caspary, Prof. Forster, Geh. Rat Piepmann, Medizinischer Rat Dr. Störmer, prakt. Arzt Dr. Schloß, Kaufmann Baker, Hofbildhauer Barrella.

Der jetzt 24 Jahre alte Angeklagte ist in Bakaratich in der Türkei geboren. Auf Befragen des Vorsitzenden schildert er zur Vorgeschichte der Tat ausführlich die

türkischen Greuel in Armenien.

Im Jahre 1915 sei die armenische Bevölkerung dieses Ortes durch die Nachricht in die höchste Erregung versetzt worden, daß die türkische Regierung gewaltsame Maßregeln gegen die Armenier ergreifen werde. Er war damals 18 Jahre alt. Es sei plötzlich das Gerücht gekommen, daß die Schulen geschlossen werden und die angesehensten Personen der Stadt weggebracht werden würden. Das sei denn auch geschehen. Die Bevölkerung sei in Kolonnen unter Führung von Gendarmen und Soldaten, denen sich zahlreicher Pöbel angeschlossen habe, weggeschleppt worden, nachdem man den Leuten ihr Geld und ihre Habe weggenommen, und es sei dann

ein Massaker veranstaltet

worden, dem auch seine Eltern und Geschwister zum Opfer gefallen seien. Er selbst habe, nachdem

seinem jüngsten Bruder mit einem Beil der Schädel gespalten worden sei, einen Schlag auf den Kopf erhalten, so daß er bewußtlos zu Boden stürzte. Nach seiner Meinung sei er erst nach zwei Tagen wieder zu sich gekommen. Die Leiche seines ältesten Bruders habe auf ihm gelegen. Er sei dann in das nächste Dorf gewandert, wo ihn eine zum Stamm der Kurden gehörende alte Frau beherbergte, bis seine Wunden geheilt waren. Dann habe

ein Unterkommen. Es nannte sich Komtesse Tranjewitas Oceana von Odparskolanowicz und erzählte, daß es vor den Bolschewisten aus der russischen Heimat habe fliehen müssen. Die Russin gab sich für eine Verwandte der Familien von der Osten aus, die in Rußland einen Grundbesitz im Werte von 22 Millionen hätten. Ihr eigener Grundbesitz sei auch 20 Millionen wert. Verfügungen könne sie aber darüber einstweilen noch nicht, weil sie noch unter Vormundschaft stehe. Vorgespiegelte Beziehungen zu einem bekannten Staatssekretär waren geeignet, ihr Vertrauen und Ansehen zu verschaffen. So kam es, daß die Russin nach und nach auf einen Sohn der Komtesse zu großen Eindruck machte, daß er um sie warb. Der 20-Millionen-Grundbesitz in Rußland mochte den günstigen Eindruck wohl noch etwas verstärkt haben. Die „reiche Russin“ erwiderte auch die Werbung, hat jedoch, die Verlobung hinausgeschoben, bis sie selbständig über ihr Vermögen verfügen könne. Die Regelung der Vermögensverhältnisse kostete aber einstweilen noch erhebliche Mittel, die die Russin auch nach und nach erhielt, bis sie eines Tages unter Mitnahme schöner Schmuckstücke verschwand. Der Familie war, alles in allem, ein Schaden von 150 000 Mark erwachsen. Jetzt beschäufte sich die Inspektion B II, 2 der Kriminalpolizei mit dem russischen Flüchtling und erkannte in ihm eine 26 Jahre alte, aus Neukölln gebürtige Erna Preiß, die Tochter eines Schmiedegesellen wieder, die schon einmal die Polizei beschäftigt hatte. Eine Spur führte nach der Lutherstraße. Hier wurde sie dann auch bei einem zweiten Bräutigam, den sie mit den gleichen Vorgespiegelungen eingefangen hatte, ermittelt und festgenommen. Die Verhaftete versichert, daß sie niemals um Geld gebeten habe. Ihr falscher Name und ihre allerdings schwindelhaften Erzählungen allein hätten genügt, die Beute zu veranlassen, ihr „das Geld nur so an den Hals zu werfen“.

Auto- und Fuhrwerkskalle in Zehlendorf.

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Im Zuge der Potsdamer Chaussee zwischen Zehlendorf und Schlachtensee befindet sich eine Bahnüberführung der Wanneseebahn. Das Niveau der Straße mußte bei der Herstellung der Ueberführung stark gesenkt werden, so daß die Straße unter der Ueberführung eine starke Einlenkung erfahren hat. Nach den letzten Regengüssen waren die Wassermassen von beiden Seiten in diese Einlenkung geströmt und stauten sich dort, da kein Abfluß vorhanden ist, bis zu einer Tiefe von einem Meter an, so daß der starke Fuhrwerksverkehr (Auto, Wagen, Motorräder und Fahrräder) am letzten Sonntag nicht nur gehindert, sondern zum Teil garabegab gefährdet war. Einige Autos, die die Durchfahrt versuchten, erlitten mitten im Wasser eine Panne. Vor den Fuhrwerken scheuten die Vierde. Am schlimmsten aber waren die Motorradfahrer daran, die ihre schweren Räder über einen sehr schmalen Fußsteig führen mußten. Diese schauerhaften verkehrshemmenden Zustände bestehen schon längere Zeit, ohne daß anscheinend eine Behörde sich darum kümmert oder gar für Abhilfe sorgt. Die fragliche Stelle liegt zwar im Bereich des 10. Bezirks (Zehlendorf), aber die Chaussee wird vermutlich Provinzialchaussee sein, so daß die Provinzialverwaltung für die Änderung zu sorgen hätte. Wer auch immer „zuständig“ sein mag, je schneller hier Abhilfe geschaffen wird, desto besser ist es für den Verkehr. Es könnte sonst geschehen, daß geschädigte Fuhrwerksbesitzer Schadenersatzansprüche stellen, für die dann die Steuerzahler aufkommen müssen.

Eine neue Verteuerung der Gräberpflege.

Auf den meisten Friedhöfen muß, wer die Gräber seiner Verstorbenen pflegen und schmücken will, die ärgste Geldschneideerei über sich ergehen lassen. Er kann z. B. keinen Denkstein aufstellen, keinen Baum oder Strauch pflanzen, ohne daß man ihm dafür eine besondere Gebühr abnimmt. Daher tritt denn auch der Klagen gegen die Friedhöfe fast noch krasser als im Leben hervor. Gräber zu begreifen ist gewöhnlich nur nächsten Angehörigen der Verstorbenen erlaubt. Wer diese Arbeit nicht selber besorgen kann, darf sie nicht einer beliebigen fremden Person übergeben. Zur Gräberpflege gegen Entgelt müssen die Hinterbliebenen sich der Angestellten des Friedhofes bedienen. In neuester Zeit sind erfinderische Köpfe auf den Gedanken verfallen, auch bei Pflege durch Angehörige noch eine Gebühr zu erheben. Warum sollen wir, sagten sie, den Leuten das Wasser umsonst liefern, wo die Herrichtung von Brunnen oder gar einer Wasserleitung ein schweres Geld kostet? Zwar hat früher wohl niemand ein Mensch daran gezweifelt, daß die Lieferung von Gießwasser zu den selbstverständlichen Leistungen gehört, auf die mit der Zahlung des Grabstellengeldes ein Anrecht erworben wird. Aber „in dieser teueren Zeit“ ist man ja um Begründungen nicht verlegen, wenn dem Verbraucher ein neues Opfer aufgeopfert werden soll. Wie die Einführung der besonderen Wassergebühr wirkt, zeigt uns

ihn die Frau bedeutet, daß sie ihm nicht weitere Gattfreundschaft gewähren könne, da die Regierung es verboten habe, armenischen Flüchtlingen Obdach zu gewähren. Nachdem sie ihm, da seine eigenen Kleider blutbesetzt waren, alte türkische Kleidung gegeben hatte, flüchtete er in die Wildnis und blieb in den Bergen auf zwei Leidensjahren. Sie wären zu Dreien dann des Nachts marschiert und am Tage hätten sie geschlafen, da sie sich nicht von den türkischen Gendarmen sehen lassen durften. Der Angeklagte schilderte, mit Hilfe des Dolmetschers schwer verständlich, sein weiteres ruheloses Hin- und Herwandern in Persien und anderen Ländern. Als er gehört, daß seine Vaterstadt wieder befreit sei, sei er dorthin zurückgekehrt, habe aber

nur noch zwei Familien

der früheren armenischen Bevölkerung vorgefunden. Als er sein völlig verwaistes und verödetes Vaterhaus betreten, sei er völlig hilflos geworden, ohnmächtig zusammengefallen und habe seitdem mehrfach solche Anfälle gehabt. Von seinen Eltern wußte er, daß sein Vater etwas Geld in der Erde vergraben gehabt hatte; er habe danach gefahndet und auch 4800 türkische Pfund ausgraben können. Der Angeklagte schildert seine weiteren Wanderungen in aller Welt. Auf Befragen nach dem Grunde dieses Hin- und Herreisens erklärte er, daß er studieren wollte. Anfang 1920 sei er nach Paris gekommen. Die Armenier haben

Talaat Pascha für den Urheber und Verantwortlichen

für das Massaker angesehen und allgemein sei die Empörung gegen diesen Mann gewesen. Schon damals sei ihm der Gedanke gekommen, Rache für die an seiner Familie begangenen Verbrechen zu nehmen. — Geh. Rat Prof. Dr. Niemeyer: Ist dem Angeklagten bekannt, daß vom Kriegsgericht in Konstantinopel wegen der armenischen Greuel

Talaat Pascha zum Tode verurteilt

worden ist? — Dem Angeklagten ist dies bekannt. Hierauf wird der Eröffnungsbeschuß verlesen und ins armenische überetzt. Der Angeklagte erklärte heute, daß er die Frage nicht mit ruhiger Ueberlegung begangen habe. Auf den Vorhalt, daß er früher dies offen zugegeben habe, erklärt Teilirian: Ich fühle mich nicht schuldig, weil mein Gewissen rein ist. Etwa zwei Wochen vor der Tat, tauchten wieder die Bilder des Massakres von Erzinia vor mir auf. Ich sah meine Mutter und meine Brüder und meine vergewaltigten Schwestern als Leichen liegen. Blühlich

stand die Leiche meiner Mutter auf.

stellte sich vor mir hin und sagte: „Du weißt, daß Talaat Pascha hier ist. Du bist völlig indifferent, du bist also nicht mein Sohn!“ Ich wurde nun plötzlich wach und da sagte ich den Entschluß, Talaat Pascha zu töten.

der Brief einer alten Frau, die auf dem Weihenfer Friedhof der Berliner Georgengemeinde die Gräber von Angehörigen pflegt. Sie klagt bitter, daß dort plötzlich eine Wassergebühr von 5 M. pro Sommer erhoben wird. Wer sie nicht bezahlen will, darf auf dem Friedhof kein Wasser mehr entnehmen und kann die Gräber seiner Lieben verkommen lassen. Auf Anfrage beim Zentralsbureau der Georgengemeinde (Kurze Str. 2) wird uns allerdings gesagt, daß Unbemittelten die Gebühr erlassen werden kann. Da sind wir neugierig, wie weit man den Begriff „unbemittelt“ erstrecken wird. Wir empfehlen, in weitestem Umfange den Anspruch auf Gebührenerlass geltend zu machen.

Ferienonderzüge.

Zum ersten Male nach dem Kriege sollen in diesem Jahre wieder Ferienonderzüge gefahren werden, die die Aufgabe haben, zu ermäßigten Sätzen den Hauptstrom der Reisenden aufzunehmen und so zur Entlastung der fahrplanmäßigen Züge beizutragen. Zu diesen geplanten Ferienonderzügen soll ein ermäßigter Satz gelten, und zwar wird in der dritten Klasse der Einheitszug statt 19,5 Pfennig je Kilometer nur 18 Pf. betragen. Da jedoch die sonst üblichen 45-tägigen Rückfahrkarten nicht mehr ausgedehnt werden, müssen die Reisenden für jede Fahrt in solchen Zügen einfache Karten zu dem ermäßigten Satze lösen. Infolge der durch die ober-schlesischen Vorgänge hervorgerufenen Kohlennot sind nur verhältnismäßig wenige Züge gegenüber dem Friedensverkehr vorgesehen. Von Berlin aus ist der Verkehr von Ferienonderzügen vorgesehen: nach dem Riesengebirge 8 Züge, nach dem Harz 3 Züge, nach der Nordsee 3 Züge, nach Baden 3 Züge, nach München 4 Züge, nach den Ostseebädern insgesamt 10 Züge, von denen u. a. Züge nach Warnemünde, Rügen, Swinemünde, Kolberg und Stettin verkehren sollen, nach Bärntenberg sind 2 Züge vorgesehen, während nach dem Sauerland, nach Thüringen und der Sächsischen Schweiz je ein Zug verkehren soll. Die Fahrpläne und die Preise für die Sonderzüge werden erst jetzt aufgestellt und voraussichtlich in etwa 14 Tagen, jedoch rechtzeitig vor Beginn des Vorverkaufs, veröffentlicht.

Keine Besteuerung des „Griffenminimums“.

Die Stadt Berlin hatte, wie erinnerlich, nach lebhaften Kämpfen die Besteuerung des reichssteuerfreien Einkommensteils beschlossen und erwartet hieraus eine jährliche Einnahme von 10 Millionen. Durch die im März Gesetz gewordenen Änderungen des Reichseinkommensteuergesetzes ist diese Steuerquelle der Stadt verschlossen worden. Eine Besteuerung des reichssteuerfreien Mindesteinkommens gibt es nicht mehr. Die preussischen Minister des Innern und der Finanzen haben dies in einem Erlaß an die Oberpräsidenten ausdrücklich hervor. Eine Genehmigung und Zustimmung zu Gemeindesteuerverordnungen über eine derartige Besteuerung des Mindesteinkommens kommt also nicht mehr in Betracht. Ueber die Frage, inwieweit den Gemeinden hierfür Ersatz geleistet werden soll, schweben noch Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister, die aber bald zum Abschluß kommen dürften.

Eine Liebestragödie hat sich heute Nacht in der Nähe von Gatow auf der Havel abgespielt. Beamte der Schutzpolizei hörten mehrere Schüsse fallen und bemerkten ein führerloses Boot. Als man es ans Land gezogen hatte, entdeckte man in dem Kahn die leblosen Körper eines jungen Paares. Der Mann hatte einen Revolver in der Hand, mit dem er erst das Mädchen und darauf sich selbst durch Kopfschüsse getötet hatte. Die Leichen der beiden wurden zunächst nach dem Krankenhaus in Spandau gebracht, wo die ärztliche Untersuchung nur den Tod bestätigen konnte. Die Personalien konnten noch nicht ermittelt werden.

Die Butter im Freiverkehr kostete heute im Westen Berlins 28 M. das Pfund, während in den Außenbezirken das Pfund mit 25 M. angeboten wird, ohne allerdings große Abnahme zu finden. Die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten mit vielen kleinen Kindern können diese Preise nicht zahlen und sind weiter auf Schmalz und Margarine angewiesen.

Gegen die Besteuerung der Kraftdroschken wandte sich eine von etwa 2000 Personen besetzte, in den Germania-Sälen tagende Protestversammlung der Berliner Kraftdroschkenbesitzer. Falls die Abfuhr Berlins, die Kraftdroschken mit einer zehnprozentigen Steuer zu belegen, durchgeführt werde, sei mit einer 20prozentigen Abnahme des Verkehrs zu rechnen. Das würde aber die Entlassung von mindestens zwei Dritteln der Angestellten zur Folge haben. Viel mehr müsse auf einen Abbau der Fahrpreise hingewirkt werden. Eins in diesem Sinne gehaltenen Resolution wurde angenommen.

